

IGB

FRONTLINES-BERICHT
MÄRZ 2015

**KLIMAGERECHTIGKEIT: AUF EINEM TOTEN
PLANETEN GIBT ES KEINE ARBEITSPLÄTZE**

Internationaler Gewerkschaftsbund



INHALT

Einführung	4
Die wissenschaftlichen Ergebnisse liegen vor	7
Der Weg nach Paris	10
Niemanden zurücklassen in einer kohlenstofffreien Zukunft.....	13
Ein gerechter Übergang und menschenwürdige Arbeit bei den UNFCCC-Verhandlungen....	16
Gewerkschaften für Klimaschutz.....	19

Foto Titelseite: Craig Sinclair



IGB-FRONTLINES-BERICHT

KLIMAGERECHTIGKEIT: AUF EINEM TOTEN PLANETEN GIBT ES KEINE ARBEITSPLÄTZE

März 2015

Einführung

Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze

Der Klimaschutz ist ein Gewerkschaftsthema. Uns kommt eine maßgebliche Rolle beim Schutz der Arbeitsplätze in vorhandenen Betrieben und Branchen zu, indem wir einen industriellen Wandel fordern, ebenso wie bei der Organisierung der Beschäftigten in hochwertigen neuen Jobs in der grünen Wirtschaft und beim Kampf für einen gerechten Übergang, der dafür sorgt, dass niemand zurückgelassen wird.

Wir müssen mobil machen, um die Staats- und Regierungschefs bezüglich der Zusagen zur Verantwortung zu ziehen, die für ein überzeugendes globales Abkommen zum Klimaschutz in diesem Jahr in Paris erforderlich sind. Wenn wir den derzeitigen Trend umkehren wollen, dann dürfen sich die Regierungen nicht länger von Einzelinteressen und einer Wirtschaftslobby einschüchtern lassen, die an einem zerrütteten System festhalten will.

▲ Hurrikan Sandy hat in den USA 150.000 ArbeitnehmerInnen den Job gekostet, und allein in New Jersey gingen 2012 insgesamt 11.000 Arbeitsplätze verloren.

Foto: Michael Fleshman/flickr

Die wissenschaftlichen Ergebnisse liegen vor

Wir wissen, dass die wissenschaftlichen Ergebnisse eindeutig sind. Ohne umgehende und ehrgeizige Maßnahmen wird es in diesem Jahrhundert zu einem Temperaturanstieg um 4 Grad Celsius oder mehrⁱ und zu unwiderruflichen Klimaänderungen kommenⁱⁱ.

Die Ökonomen haben gesprochenⁱⁱⁱ. Der finanzielle Schaden aufgrund der Erderwärmung wird die Welt wesentlich mehr kosten als zuvor angenommen.

Die Menschen überall auf der Welt wollen, dass ihre Regierungen die Umweltverschmutzung, die den Klimawandel verursacht, in den Griff bekommen. Die Weltweite Umfrage des IGB hat ergeben, dass 73 Prozent der Menschen wollen, dass die Regierungen mehr tun, um die den Klimawandel verursachende Umweltverschmutzung zu begrenzen^{iv}.

2015 ist das Jahr, in dem sich die Regierungen für einen Weg in Richtung auf eine kohlenstofffreie Zukunft entscheiden können.

Wir haben die Möglichkeit, den Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius oder weniger zu begrenzen, aber wenn wir nicht schnell handeln, wird diese Chance vertan sein.

Uns läuft die Zeit weg

Klimakatastrophen und extreme Wetterereignisse wie Wirbelstürme, Tsunamis, Überschwemmungen, Dürreperioden, Brände, schmelzende Gletscher, saisonale Veränderungen, Gefahren für die Landwirtschaft und vieles mehr nehmen zu, und die erwerbstätigen Menschen haben darunter zu leiden.

Arbeitsplatzverluste

Hurrikan Sandy hat in den USA 150.000 ArbeitnehmerInnen den Job gekostet, und allein in New Jersey gingen 2012 insgesamt 11.000 Arbeitsplätze verloren^v.

In Bangladesch hat Wirbelsturm Sidr im Jahr 2007 mehrere Tausend Kleinbetriebe zerstört und negative Auswirkungen auf 567.000 Arbeitsplätze gehabt^{vi}.

Von Taifun Hagupit, der die Philippinen im Dezember 2014 heimgesucht hat, waren rund 800.000 ArbeitnehmerInnen betroffen, deren Existenzgrundlagen beeinträchtigt oder die über Nacht arbeitslos wurden^{vii}.

Im Laufe der nächsten 15 Jahre werden wir uns jedoch noch größeren generellen Auswirkungen gegenübersehen. Mehr Gemeinwesen werden zerstört und Arbeitsplätze verloren gehen. Dies wird eine sowohl soziale als auch wirtschaftliche Destabilisierung zur Folge haben, die weit über das hinausgeht, was wir bisher erlebt haben.

Wir haben eine Strategie

Der IGB will, dass sich die Regierungen auf Maßnahmen zum Klimaschutz verständigen und uns eine Chance geben, den Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius zu begrenzen.

Der industrielle Wandel als Herausforderung ist für die Gewerk-

▼ Von Taifun Hagupit, der die Philippinen im Dezember 2014 heimgesucht hat, waren rund 800.000 ArbeitnehmerInnen betroffen, deren Existenzgrundlagen beeinträchtigt oder die über Nacht arbeitslos wurden. Foto: Pio Arce/Genesis Fotos - World Vision

SCHLÜSSELKONZEPT #1

Industrieller Wandel

— Die ArbeitnehmerInnen haben ein Recht auf Informationen

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass wir die Kohlenstoffemissionen umgehend bei 44 Gigatonnen (Gt) stabilisieren müssen. Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden es bis zum Jahr 2020 59 Gt sein. Da stimmt etwas nicht. In sämtlichen Wirtschaftssektoren muss sich etwas ändern. Wir fordern eine Beteiligung am erforderlichen industriellen Wandel, der durch nachhaltige Investitionen und Zugang für alle zu bahnbrechenden Technologien ermöglicht werden wird. **Die ArbeitnehmerInnen haben ein Recht darauf, darüber informiert zu werden, wie ihre Arbeitgeber gedanken, das Ziel einer kohlenstofffreien Zukunft zu erreichen.**

SCHLÜSSELKONZEPT #2

Gerechter Übergang

Ein Mitspracherecht, wenn es um unsere Zukunft geht

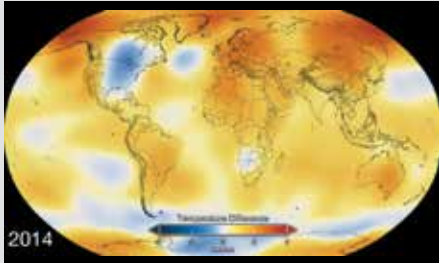
Wir haben unsere Rolle bei den UN-Verhandlungen gespielt und Zusagen für einen 'gerechten Übergang' erhalten. **Die ArbeitnehmerInnen müssen in die Gestaltung ihrer Zukunft einbezogen werden**, durch Dialog, Konsultationen und Tarifverhandlungen. Wir wollen den Übergang vor Ort erleben, u.a. durch Investitionen in neue grüne Arbeitsplätze, Qualifikationen, Einkommensschutz und andere notwendige Maßnahmen in Verbindung mit angemessenen finanziellen Mitteln für die Umgestaltung der lokalen Wirtschaft und Unterstützung für die ärmsten und schwächsten Nationen.



Kipppunkte: Globale Gefahren

2014 war das heißeste jemals registrierte Jahr

Foto: NASA



NOAA und NASA haben 2014 zum heißesten Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen vor 134 Jahren erklärt. Der Planet hat nahezu 30 Jahre (358 Monate hintereinander) erlebt, in denen die globalen Land- und Meerestemperaturen über dem Durchschnitt lagen.^{viii}

14 Milliarden Dollar für klimabedingte Gesundheitskosten

Foto: Shutterstock



Die geschätzten Kosten von sechs mit dem Klimawandel zusammenhängenden Ereignissen in den USA während des letzten Jahrzehnts belaufen sich auf 14 Milliarden Dollar, einschließlich 21.000 Notaufnahmen, nahezu 1.700 Todesfällen und 9.000 Krankenhausaufenthalten.^{ix}

Exporteinnahmen

Foto: Oxfam



Bis zum Jahr 2080 werden zwischen 65 und 100 Prozent der Landflächen, die gegenwärtig für die Kaffeeproduktion genutzt werden, nicht mehr für diesen Zweck geeignet sein. Allein in Uganda machen die Kaffeexporte fast 30 Prozent der Deviseneinnahmen aus.^{xii}

Kipppunkte: Globale Chancen

Emissionssenkungen tragen sich selbst

Wissenschaftler des MIT haben sich drei Strategien angesehen, die in den USA dieselben Senkungen bewirkt haben und festgestellt, dass die Einsparungen im Gesundheitsbereich und bei anderen krankheitsbedingten Kosten enorm sein können, in einigen Fällen mehr als zehn Mal so hoch wie die Kosten der Strategien selbst.^{xii}

schaften sowohl eine Notwendigkeit als auch eine Gelegenheit, um einen Dialog zu fordern, Organisationsarbeit zu verrichten, Verhandlungen zu führen und eine Führungsrolle zu übernehmen, um die erforderlichen Veränderungen in der Arbeitswelt und beim Kompetenzerwerb herbeizuführen.

Wir fordern einen gerechten Übergang

Dieser Wandel muss durch Maßnahmen für einen gerechten Übergang untermauert werden. Wir haben unsere Rolle bei den UN-Verhandlungen gespielt und für Zusagen gekämpft und diese auch erhalten. Diese Zusagen müssen jetzt eingehalten und im Dezember 2015 in das Abkommen von Paris übernommen werden.

Das bedeutet, dass kohlenstoffabhängige Gemeinschaften und ArbeitnehmerInnen nicht gezwungen werden dürfen, die Kosten des Wandels zu tragen. Wir werden für eine angemessene Finanzierung dieses Übergangs kämpfen, ebenso wir dafür, dass die ärmsten und schwächsten Nationen in der Lage sind, mit den Auswirkungen des Klimawandels fertig zu werden.

In diesem ersten von drei Frontlines-Berichten 2015 zum Thema Klimaschutz geht es um den Weg zur COP-21-Klimakonferenz in Paris sowie um den industriellen Wandel und den gerechten Übergang, die erforderlich sind, um unsere Volkswirtschaften zu verändern.

Im nächsten Bericht wird es um die Zusagen der Länder gegenüber der UNFCCC im Vorfeld der Gespräche in Paris sowie um die Finanzierung und Investitionen gehen, die erforderlich sind, um unsere Volkswirtschaften umzugestalten und Arbeitsplätze zu erhalten.

2015 hat die Gewerkschaftsbewegung die Möglichkeit, dreigleisig aktiv zu werden, um Arbeitsplätze und unseren Planeten zu schützen:

- Ein solides globales Klimaschutzabkommen in Paris, das den Weg für einen Beschäftigungs- und Investitionsboom sowie für die Verhinderung von Klimakatastrophen ebnet;
- Innerstaatliche Beiträge und Zusagen von Regierungen, bei denen wir ehrgeizigere Ziele heraushandeln können;
- Maßnahmen zum Klimaschutz an Arbeitsstätten und in Sektoren mit Beschäftigten und Gewerkschaften durch Dialog, Konsultationen und Tarifverhandlungen.

Die Zukunft gehört uns allen

Wir haben ein Recht darauf, mit am Tisch zu sitzen, wenn es darum geht, das Weltklima zu stabilisieren, indem wir uns einer Zukunft ohne Kohlenstoffemissionen nähern.

*Sharan Burrow, Generalsekretärin,
Internationaler Gewerkschaftsbund*

2. Die wissenschaftlichen Ergebnisse liegen vor

Die wissenschaftlichen Ergebnisse sind eindeutig. Die atmosphärischen Veränderungen, die die Menschen durch Kohlenstoffemissionen bewirken, stellen eine Gefahr für die Regulierungssysteme der Biosphäre dar, mit potenziell irreparablen Folgen. Dieser Trend muss durch mutige wirtschafts-, industrie-, sozial- und umweltpolitische Entscheidungen unverzüglich umgekehrt werden.

Auswirkungen

Treibhausgasemissionen und der globale Temperaturanstieg um 0,8 Grad Celsius seit 1880 haben bereits ernsthafte Auswirkungen gehabt und überall auf der Welt Klimaveränderungen bewirkt.

Naturkatastrophen nehmen immer größere Ausmaße an: Rund vier Millionen Menschen wurden obdachlos und 16

Millionen waren betroffen, als Taifun Haiyan 2013 über die Philippinen hinwegfegte; 6.000 Menschen kamen 2014 durch den indischen Monsun ums Leben, und während desselben Jahres gingen aufgrund der Dürre in Kalifornien zwei Milliarden Dollar und Tausende Arbeitsplätze verloren.

Den Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius begrenzen

Angesichts der Einschätzungen von Wissenschaftlern haben sich die Politiker darauf verständigt, den durchschnittlichen Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Aber auch diese Obergrenze ist nicht unkontrovers, da den Ökosystemen und Gesellschaften dadurch immer noch unwiderrufliche Schäden zugefügt werden.

Besonders gefährdet sind dabei kleine Inselstaaten und afrikanische Länder. Um sie zu schützen, wäre es sicherer, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Um dies zu ermöglichen, sollte die Konzentration der Treibhausgasemissionen 350 Teile pro Million (ppm) nicht überschreiten. Aus den jüngsten Forschungsergebnissen geht jedoch hervor, dass wir 2015 nahezu 400 ppm erreicht haben^{xiii}, was bedeutet, dass der Anstieg um 1,5 Grad Celsius im atmosphärischen System der Erde "verankert" ist.

Was ein Temperaturanstieg um 2 °C bedeutet

Schmelzende Gletscher sind eine Gefahr für andine Städte.

90 Prozent der andinen Gletscher werden verloren gehen.

Die weltweiten Korallenriff-Ökosysteme werden sich gegenüber dem vorindustriellen Niveau um 10 Prozent vermindern.

Die Ernteerträge könnten bei einem Temperaturanstieg um 1,5 – 2 Grad Celsius in Mittel-, Ost- und Nordafrika um 30 Prozent zurückgehen.

MALAWI

Keine Arbeit unter Wasser

Foto: Geof Wilson



Der Klimawandel führt überall auf der Welt zu vermehrten extremen Wetterereignissen. Die Überschwemmungen können verheerend sein. Häuser können zerstört, Leben ruiniert werden, und für erwerbstätige Familien bedeutet dies häufig eine schwierige Zeit beim anschließenden Wiederaufbau.

Der Klimawandel ist nicht die einzige Ursache für Überschwemmungen. Andere unbedachte menschliche Aktivitäten spielen ebenfalls eine Rolle. Wenn aber eine Region aufgrund des Klimawandels unter intensiveren Regenstürmen zu leiden hat, dann wird es dort ganz einfach mehr Wasser und regelmäßig katastrophale Überschwemmungen geben.

Die Auswirkungen des Klimawandels schlagen sich in Malawi in unterschiedlicher Weise nieder: starke Regenfälle, veränderte Regenmuster, Überschwemmungen, Dürren und längere Trockenzeiten. Die jüngste Episode, durch die mehr als 100.000 Menschen obdachlos wurden, bestätigt diesen traurigen Trend.

"Unter dieser verheerenden Situation haben vor allem die ärmsten in unseren Gemeinwesen zu leiden. Wir sehen uns in überschwemmten Gebieten nicht nur dem Tod und materiellen Verlusten gegenüber, sondern haben, selbst wenn der Regen aufhört, das Problem, dass die Menschen nicht an ihren Arbeitsplatz kommen oder ihr Betrieb geschlossen wurde, so dass sie plötzlich ohne Einkommen dastehen und immer tiefer in der Armut versinken." Pontius Elijah Kalichero, Malawi

Was ein Temperaturanstieg um 4 °C bedeutet

Ein durchschnittlicher Anstieg um 4 Grad Celsius bedeutet Erhöhungen um bis zu 10 Grad Celsius für die Arktis, um mehr als 6 Grad Celsius für den Mittelmeerraum und die USA und um bis zu 7 Grad Celsius für Teile Afrikas und den Amazonas.

Abschmelzen des Grönlandeises.

Anstieg des Meeresspiegels um 0,5 bis 1 Meter bis zum Jahr 2100, mit mehreren Metern mehr in den kommenden Jahrhunderten. Der Anstieg des Meeresspiegels wird in niedrigen Breiten, wie etwa an gefährdeten Orten im Indischen Ozean, größer als das globale Mittel sein. Viele Küstenstädte werden vollkommen überflutet werden.

Zunahme der Häufigkeit der stärksten tropischen Wirbelstürme um 80 Prozent.

60 Prozent weniger Regenfälle in Zentralasien und Nordafrika.

Das Kohlenstoffbudget ist nahezu ausgeschöpft

Trotz dieser düsteren Warnungen wurden bisher nur schleppend Maßnahmen ergriffen, um Klimaveränderungen zu verhindern. Die Wissenschaft hat den Regierungen und der Gesellschaft ein zeitgemäßes neues Instrument in die Hand gegeben: "das Kohlenstoffbudget".

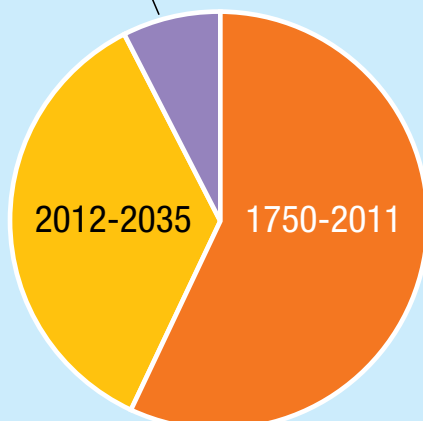
Die Regierungen und die Bevölkerung sind es gewohnt, wichtige Fragen haushaltsmäßig zu betrachten, d.h. sich zu überlegen, wie viel wir haben und wie viel wir ausgeben können. Das Kohlenstoffbudget gilt für die gesamte Menschheit und muss so lange reichen, wie die Partikel, die wir emittieren, in der Atmosphäre aktiv sind.

Die jüngsten Berichte (der 5. Sachstandsbericht des IPCC (AR5)^{xiv}, der Emissions Gap Report des UNEP^{xv} und der Global Energy Outlook der IEA^{xvi}) haben dieses Konzept befürwortet.

Dem Budget liegt die Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2 Grad Celsius als klimapolitisches Ziel zugrunde. Es heißt daher, dass, um dieses Ziel zu erreichen, maximal

Kohlenstoffbudget für 2 °C

Verbleibendes Budget



Quelle: Internationale Energieagentur, World Energy Outlook 2013

3.670 Gigatonnen Kohlendioxid (Gt CO₂) in der Atmosphäre enthalten sein sollten.

Damit bleiben uns weniger als 1.000 Gt^{xvii}.

Auf der Grundlage der aktuellen Emissionen wird dieses uns verbleibende globale Budget von 1.000 Gt 20 bis 30 Jahre reichen. Wenn wir unsere Kohlenstoffemissi-

PERU

Schmelzende Gletscher bedeuten eine Gefahr für Wasser, Energie und Nahrungsmittel

Foto: Oxfam International



Gletscher sind uralte Flüsse aus zusammengepressten Schneemassen, die sich durch die Landschaft winden und die Oberfläche des Planeten gestalten. Sie sind die größten Süßwasserspeicher der Welt und decken gemeinsam ein Gebiet ab, das der Größe Südamerikas entspricht. In den letzten Jahrzehnten haben die Gletscher begonnen, in einem Tempo zu schmelzen, das sich durch historische Trends nicht erklären lässt. Aus Simulationen geht hervor, dass ein Temperaturanstieg um 4 Grad Celsius nahezu alle Gletscher der Welt schmelzen lassen würde.

Eine anhaltende und ausgedehnte Gletscherschmelze in diesem Jahrhundert wird zu Überschwemmungen sowie zu Wasser- und Lebensmittelknappheit für Millionen Menschen führen. Peru hat bereits 22 Prozent seiner Gletscher verloren, und Prognosen zufolge könnten es bis 2030 37 Prozent sein^{xviii}.

"Mehr als 1,5 Millionen Menschen im Santa-River-Tal in der Region Ancash sind für ihre Versorgung mit Wasser, Energie und Nahrungsmitteln von den Gletschern abhängig. Der Klimawandel setzt sie erheblichen Gefahren aus. Erdbeben, Lawinen und Überschwemmungen, vor ein paar Jahren noch die Ausnahme, sind inzwischen leider schon normal. Diejenigen, die nicht glauben, dass sich das Klima verändert, sollten nach Peru kommen und es mit eigenen Augen sehen ..." Juan Pedro Chang, Peru

onen nicht verlangsamen, wird das Budget sehr bald aufgebraucht sein, noch zu Lebzeiten vieler Menschen, die heute leben.

Der Klimawandel ist nicht mehr nur ein Problem für künftige Generationen, sondern eine Herausforderung für die Generation von heute..

Kohlenstoffneutralität: ein wichtiger Bestandteil der Lösung

Um unterhalb der 2-Grad-Celsius-Grenze zu bleiben und das uns verbleibende Kohlenstoffbudget sinnvoll zu nutzen, muss die Welt laut UNEP in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts kohlenstoffneutral werden^{xviii}.

Im besten Fall muss irgendwann zwischen 2055 und 2070 Kohlenstoffneutralität erreicht werden. Aber dabei wird lediglich eins der Treibhausgase berücksichtigt: CO₂. Auch für andere Gase, wie etwa Methan, Stickstoffdioxid und fluoridierte Gase, müs-

sen bis zum Ende dieses Jahrhunderts Netto-Null-Emissionen erreicht werden. Das bedeutet die Auseinandersetzung mit komplizierten Fragen wie dem Umgang mit Methan aus Landwirtschaft und Tierhaltung, einschließlich Emissionen aus dem Reisanaubau und der Fleischerzeugung^{xix}.

Die Herausforderung besteht nicht mehr darin, zögerliche und stufenweise Emissionsenkungen zu erreichen, sondern darin, die Grundlagen für eine kohlenstofffreie Zukunft zu schaffen.

Die Zusagen der Regierungen reichen nicht aus

Die bisherigen staatlichen Zusagen für die Zeit vor 2020 werden die Menge des Kohlendioxids in der Atmosphäre auf 52-54 Gt begrenzen.

Die wissenschaftlichen Ergebnisse belegen jedoch, dass bis zu diesem Jahr eine Sen-

FIDSCHI

Steigende Meeresspiegel bedeuten steigende Arbeitslosigkeit

Foto: 350.org



Die derzeitigen Emissionstrends, die höchstwahrscheinlich zu einem Temperaturanstieg um mehr als 2 Grad Celsius führen werden, werden in zahlreichen Ländern katastrophale Auswirkungen haben. Küstengebiete werden permanent überflutet sein, einschließlich kleiner Inselstaaten im Pazifik, in denen sich erwerbstätige Familien bereits heute der Gefahr gegenübersehen, ihr Dach über dem Kopf zu verlieren und vertrieben zu werden.

„Unsere Inseln werden kleiner, unsere Bevölkerung wird aufgefordert, wegzuziehen und ihr Land, ihre Kultur und ihr Zuhause zu verlassen. Die Fidschianer, die früher von der Landwirtschaft gelebt haben, ziehen jetzt in die Städte und lassen die Reihen der Arbeitslosen weiter anschwellen.“

„Wir können nur sehr wenig tun, um die Emissionen zu reduzieren, die das Problem verursachen, und dennoch haben wir in vorderster Front unter den Folgen zu leiden. Wir wollen unser Land und unser Zuhause, unsere Arbeit und unsere Rechte, unsere Familien und unsere Kultur behalten.“ Agni Deo, Fidschi

kung auf 44 Gt Kohlendioxid erforderlich ist, um eine Wirkung zu erzielen^{xx}.

Dabei könnten die derzeitigen Diskussionen, bei denen es schwerpunktmäßig um Klimaschutzmaßnahmen nach 2020 geht, zu weiteren Verzögerungen führen. Die offenkundige Diskrepanz zwischen der Verantwortung und der Fähigkeit, zu handeln,

und den derzeitigen Zusagen, vor allem in den Industrieländern, muss deutlich gemacht und verurteilt werden.

Im Vorfeld der Klimakonferenz in Paris werden die Regierungen der UNFCCC *beabsichtigte, national festgelegte Beiträge* nennen. Diese Zusagen der einzelnen Länder werden die Grundlage ihrer inner-

„ Ich habe immer wieder erlebt, dass Umweltkatastrophen infolge von Klimaänderungen Kinder am schlimmsten treffen. Sie führen zur Entwurzelung der Eltern, und letztendlich werden die Kinder zu Kinderarbeit oder sogar zu Prostitution oder Sklavenarbeit gezwungen, weil die traditionellen Existenzgrundlagen zerstört wurden. „



Friedensnobelpreisträger
Kailash Satyarthi, Indien

staatlichen Klimaschutzpläne bilden.

Den ArbeitnehmerInnen und ihren Gewerkschaften kommt eine wichtige Rolle bei der Gewährleistung zu, dass die Regierungen ihre Zusagen beträchtlich ausweiten und dass ein sozialer Dialog stattfindet, um industrielle Pläne für eine Kohlendioxidverminderung festzulegen, die Arbeitsplätze und Beschäftigungsziele beinhalten.

Eine Katastrophe vermeiden

Es ist immer noch möglich und wird auch in den nächsten Jahren noch möglich sein, die Überschreitung des 2-Grad-Celsius-Limits zu verhindern. Irgendwann ist es jedoch zu spät und unsere Chance, die globale Erderwärmung auf einem zu bewältigenden Niveau zu halten, wird vertan sein.

Es gibt Lösungen. Sie wurden erprobt und nützen der Wirtschaft, der Gesundheit und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Sie beinhalten massive Investitionen in erneuerbare und saubere Technologien, die bestmögliche Nutzung der Energieeffizienz, die Umgestaltung der Landwirtschaft und den Schutz der Wälder.

Die Kosten der Untätigkeit sind größer als die des Handelns

Die globale Erderwärmung zu verhindern, ist die billige Option. Im Jahr 2025 könnten die Entwicklungsländer 150 Milliarden Dollar jährlich kosten, das Doppelte der derzeitigen öffentlichen Entwicklungshilfe^{xxi}. Der Übergang zu sauberen Energiequellen hat begonnen. Es ist jetzt an den Regierungen, den Übergang zu beschleunigen und gerecht zu gestalten, damit wir die Belastungsgrenze nicht überschreiten.

Der einzige Weg nach vorn besteht für verantwortungsbewusste Regierungen darin, das Ziel einer Emissionsbegrenzung zu verfolgen, um den durchschnittlichen globalen Temperaturanstieg auf weniger als 2 Grad Celsius zu begrenzen, und für verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger besteht der einzige Weg nach vorn darin, die Regierungen in die Pflicht zu nehmen, damit dies geschieht.

3. Der Weg nach Paris

Im Dezember 2015 werden sich die Staats- und Regierungschefs zur Klimakonferenz COP 21 in Paris versammeln. Dieser Gipfel birgt die Gelegenheit, mit einem Abkommen, das 2020 in Kraft tritt, den Weg in Richtung auf eine kohlenstofffreie Zukunft einzuschlagen.

Die Verhandlungen im Vorfeld des Pariser Gipfels haben begonnen. Obwohl Paris allein uns keine kohlenstofffreie Zukunft beschert wird, so kann es doch der Augenblick sein, an dem die Regierungen die richtige Richtung einschlagen.

Länderspezifische Zusagen: beabsichtigte, national festgelegte Beiträge

Gemäß der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) haben sich die einzelnen Länder dazu verpflichtet, bis zum Ende des Klimagipfels im Dezember 2015 in Paris ein neues internationales Klimaabkommen abzuschließen.

Bei früheren Klimaverhandlungen haben sich die Länder bereit erklärt, öffentlich darzulegen, welche Maßnahmen sie im Rahmen eines globalen Abkommens zu ergreifen gedenken, und diese Zusagen werden sich im Abkommen von Paris widerspiegeln.

Zwischen März und Oktober 2015 werden die einzelnen Länder ihre innerstaatlichen Zusagen darlegen und der UNFCCC nennen.

Diese länderspezifischen Zusagen werden bezeichnet als beabsichtigte, national festgelegte Beiträge. Sie spiegeln mit Blick auf ein globales Abkommen eine neue Verhandlungstechnik wider (von unten nach oben).

Aus diesen beabsichtigten Beiträgen wird hervorgehen, wie ehrgeizig die Länder im Vorfeld des Pariser Gipfels sind, aber der konkrete Inhalt (Emissionszusagen, Anpassungsmaßnahmen, Finanzierung und Format der Pläne) ist nicht bekannt.

Es wird mit der Bekanntgabe innerstaatlicher Aktionspläne von der EU und den USA bis März gerechnet; von China und Australien bis Mitte des Jahres und von Japan ge-

gen Ende des Jahres. Es wurde kein genauer Zeitplan bekannt gegeben, und die einzelnen Regierungen können selbst entscheiden, wann sie ihre Zusagen publik machen.

Diese länderspezifischen Zusagen und innerstaatlichen Aktionspläne stellen ein globales Angebot dar, auf dessen Grundlage die Gewerkschaften über ehrgeizigere Ziele verhandeln und sicherstellen können, dass die ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften mit am Tisch sitzen, wenn es um die industrielle und wirtschaftliche Transformation geht, die notwendig ist, um sie zur Realität zu machen.

Ein globales Abkommen

Die Verhandlungen über ein globales Abkommen haben begonnen. Bei der ersten von vier globalen Verhandlungen im Vorfeld des Pariser Gipfels im Februar in Genf haben sich alle Regierungen auf einen 86-sei-

tigen Entwurf als Diskussionsgrundlage verständigt. Der Entwurf des Verhandlungstextes enthält verschiedenen Optionen, von den schwächsten bis hin zu den ehrgeizigsten Möglichkeiten. Er umfasst recht kühne Ideen wie etwa ein gestärktes Verfahren für langfristig größere Ambitionen, ein langfristiges Ziel für die weitgehende Beseitigung von Treibhausgasemissionen bis 2050 oder 2100 oder die Verwendung des Kohlenstoffbudget-Konzeptes für gemeinsame Bemühungen um Emissionsenkungen.

Die Regierungen werden mit den Verhandlungen über diesen Entwurf bis Mitte des Jahres beginnen, und die Gewerkschaften können eine entscheidende Rolle dabei spielen, die Regierungen zur Verantwortung zu ziehen, damit sie sich für ein Abkommen stark machen, mit dem die Welt in Richtung auf eine nachhaltige Zukunft mit menschenwürdiger Arbeit einschwenkt.



Das Klimaabkommen von Paris: Was ist notwendig, was ist möglich, was sollten wir tun?

Die derzeitigen Emissionstrends führen bis 2020 zu 57 Gt CO₂-äquivalenten Emissionen, obwohl wir wissen, dass es bis 2020 nicht mehr als 44 Gt sein sollten, wenn es noch eine Chance geben soll, den globalen durchschnittlichen Temperaturanstieg auf unter 2 Grad Celsius zu begrenzen

Wenn die von den USA, der EU und China bereits angekündigten Ambitionen auf alle Länder übertragen würden, würden wir uns auf ein Erwärmungsszenario von 4 Grad Celsius und mehr zubewegen.

Die Regierungen stürzen sich nach wie vor in neue Investitionen in fossile Energieträger, obwohl ein Drittel aller Ölreserven, die Hälfte der Gasreserven und mehr als 80 Prozent der derzeitigen Kohlereserven ungenutzt bleiben sollten, wenn wir innerhalb des 2-Grad-Celsius-Rahmens bleiben wollen.

Die Verwässerung der Verweise auf die Notwendigkeit, dass jedes Land seinen gerechten Anteil am Klimaschutz übernimmt, und der Widerstand, auf den wir bei den laufenden Verhandlungen bezüglich der Erwähnung eines gerechten Übergangs stoßen werden (Schaffung menschenwürdiger Arbeitsmöglichkeiten und Schutz der ArbeitnehmerInnen beim Übergang), könnten als Affront gegenüber denjenigen betrachtet werden, die an Klimagerechtigkeit glauben.

Die politischen Kosten eines Misserfolgs für die Staats- und Regierungschefs sind immer noch zu gering.

Vor diesem Hintergrund muss die im Dezember 2015 in Paris geplante Klimakonferenz mindestens drei Ambitionen erfüllen.

Ein faires Rahmenwerk

Sie muss ein Rahmenwerk für internationale Maßnahmen zum Klimaschutz hervorbringen, bei dem die Anstrengungen gerecht verteilt sind (vor allem wenn es um Emissionssenkungen und Finanzierung geht), und ein Ziel für langfristige Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen festlegen, um die Wahrscheinlichkeit eines Tempera-

turanstiegs um mehr als 2 Grad Celsius zu vermindern. Viele haben dies mit der Forderung nach einer Zukunft ohne Kohlenstoffemissionen zum Ausdruck gebracht.

Mehr tun

Sie muss ein Verfahren festlegen, mit dem Regierungen, die ihren Verpflichtungen bei der Festlegung ihrer Emissions- und Finanzierungsziele nicht nachkommen und hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben, aufgefordert werden können, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um die Weichen für die Erreichung des 2-Grad-Celsius-Ziels zu stellen

Ein gerechter Übergang

Sie muss eine Verpflichtung zur Konzipierung von Strategien für einen gerechten Übergang eingehen, damit die ArbeitnehmerInnen bei der in allen Branchen und bei allen Tätigkeiten erforderlichen Transformation in Richtung auf neue menschenwürdige Beschäftigungsmöglichkeiten, Sozialschutz, neue Qualifikationen usw. nicht alleine dastehen.

Wie wahrscheinlich ist es, dass diese Ziele in Paris erreicht werden?

Die bisherigen UNFCCC-Klimaschutzkonferenzen werfen einen dunklen Schatten auf die Pariser Konferenz.

In Warschau haben zahlreiche VertreterInnen der Zivilgesellschaft, sozialer Bewegungen und der Gewerkschaften die Konferenz frühzeitig verlassen, nachdem eindeutig versucht wurde, hinsichtlich vieler der o.g. Themen einen Rückzieher zu machen. Im vergangenen Dezember haben wir in Lima erlebt, wie lieber auf den "kleinsten gemeinsamen Nenner" gesetzt wurde, um eine Einigung zu erzielen, ungeachtet der Frage, was dies für den Klimawandel bedeutet.

Die Gewerkschaften, ArbeitnehmerInnen und die Bevölkerung insgesamt müssen sich der Herausforderung stellen.

Wenn es in diesem Jahr und in den nächsten kritischen Jahren, in denen noch Zeit ist, den Trend in Richtung auf eine Katastrophe umzukehren, nicht zu einer groß angelegten Mobilisierung der Menschen kommt, besteht kaum Hoffnung darauf, dass die Regierungen ihr Verhalten ändern, nur weil sie an

Die politischen Kosten eines Misserfolgs für die Staats- und Regierungschefs sind immer noch zu gering.

einer internationalen Konferenz teilnehmen.

Es gibt zu viele, die vom Status quo profitieren. Die wohlhabende Wirtschaftslobby mit ihrem veralteten Geschäftsmodell blockiert weiterhin Fortschritte auf nationaler Ebene. Die ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften müssen sich nachdrücklicher engagieren, um diese Einflüsse auszugleichen.

Ein Erfolg in Paris geht weit über das hinaus, was als UNFCCC-Ergebnis oder im Rahmen eines Abkommens erzielt werden kann.

Ein Erfolg in Paris muss an unseren kollektiven Kapazitäten gemessen werden, wenn es darum geht, den Klimawandel zu einem Thema für alle zu machen; ihn mit der Notwendigkeit eines alternativen Wirtschaftsmodells zu verknüpfen, das Rechte respektiert, den Wohlstand für alle sichert und einen sicheren und gesunden Planeten für künftige Generationen erhält; deutlich zu machen, dass der Kampf gegen den Klimawandel nichts Negatives hat, sondern die Forderungen nach Arbeitnehmerrechten, Sozialschutz, der Gleichstellung der Geschlechter, einem nachhaltigen industriellen Wandel und andere bedeutende Themen, für die die Gewerkschaftsbewegung seit ihren Anfängen eintritt, unterstützt.

Die Politiker werden bei der UNFCCC-Konferenz daran gemessen werden, inwiefern es ihnen gelingt, die Wirtschaft in den Dienst des sozialen Fortschritts zu stellen, und geringe Klimaschutzambitionen sind ein Killer des sozialen Fortschritts.

Für die Gewerkschaftsbewegung ist der Klimawandel eine Herausforderung, die alles, was uns am Herzen liegt gefährdet: Gleichstellung, Rechte und Wohlstand.

Diese Herausforderung verlangt von uns, dass wir den Übergang mitgestalten, damit die ArbeitnehmerInnen über ihre eigene Zukunft entscheiden können.

Der UNFCCC-Zeitplan^{xxiii}

Rio de Janeiro, 1992, Annahme der UN-Klimarahmenkonvention:

Alle Regierungen haben sich darauf verständigt, Maßnahmen zu ergreifen, um die Treibhausgasemissionen zu senken und einen innovativen Ansatz für das UN-System zu finden: Alle verpflichten sich, zu handeln, aber die einzelnen Länder haben unterschiedliche Kapazitäten und Verpflichtungen.

Kyoto, 11. Dezember 1997, Annahme des Kyoto-Protokolls:

Bei der 3. Vertragsstaatenkonferenz (COP) wird mit der Annahme des Kyoto-Protokolls, des ersten Vertragswerkes der Welt zur Senkung der Treibhausgasemissionen, ein historischer Meilenstein gesetzt. Das Protokoll legt ein Emissionssenkungsziel für eine erste Verpflichtungsperiode (2008-2012) fest, das auf die Industrieländer verteilt wird (ein 'Top-down'-Ansatz). Die USA sind das einzige Land, das das Protokoll nicht ratifiziert.

Kopenhagen, Dezember 2009:

Die Staats- und Regierungschefs der Welt versammeln sich in Kopenhagen, Dänemark, zur 15. Vertragsstaatenkonferenz, um das Klimarahmenwerk für die Zeit nach der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls auszuarbeiten. Es kommt kein Konsens zustande, vor allem nicht bezüglich der Art und Weise, in der die Emissionssenkungen zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern aufgeteilt werden sollen. Die Industrieländer sagen bis zu 30 Milliarden US-Dollar an Schnellstarthilfe für den Zeitraum 2010-2012 zu und geben erstmals ihre Verpflichtung bekannt, bis 2020 100 Milliarden US-Dollar für die Finanzierung des Klimaschutzes zu mobilisieren (eine Mischung aus öffentlichen und privaten Mitteln).

Cancún, Dezember 2010:

Die 16. Vertragsstaatenkonferenz endet mit den Vereinbarungen von Cancún. Es wurde die Einrichtung einer bestimmten Zahl von Institutionen (wie etwa des Klimafonds "Green Climate Fund") im Rahmen der Konvention beschlossen, um die Entwicklungsländer beim Umgang mit dem Klimawandel zu unterstützen. Der "Bottom-up"-Ansatz in Bezug auf Emissionssenkungen wird bestätigt, und zum ersten Mal wird die Notwendigkeit erwähnt, für einen gerechten Übergang zu sorgen, der menschenwürdige Arbeit und hochwertige Jobs schafft.

Durban, Dezember 2011:

Bei der 17. Vertragsstaatenkonferenz beschließen die Regierungen angesichts erheblicher Unstimmigkeiten über die unmittelbaren Emissionssenkungsziele, das Inkrafttreten des neuen Klimaschutzrahmenwerkes zu vertagen, das nun bis 2015 für die Zeit nach 2020 beschlossen werden soll. Dies führt zur Einrichtung der Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Durban-Plattform für verstärktes Handeln (engl. Abk. ADP).

Doha, Dezember 2012 & Warschau, Dezember 2013:

Die UNFCCC beginnt damit, die Verweise auf in der Konvention verankerte Prinzipien (wie die differenzierten Verantwortlichkeiten und Kapazitäten der Regierungen beim Umgang mit dem Klimawandel oder die Notwendigkeit, sich die Aufgabe zu teilen) zu verwässern, und als die zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls ratifiziert werden soll, tun dies nur wenige Länder, und Japan, Kanada und Australien lehnen das Verfahren sogar unverhohlen ab. Angesichts der kontinuierlich geringer werdenden Ambitionen verlassen zahlreiche VertreterInnen der Zivilgesellschaft die Konferenz in Warschau frühzeitig.

Lima, Dezember 2014:

Erhebliche Differenzen bezüglich der Art und Weise, wie die einzelnen Länder in dem neuen Klimarahmenwerk behandelt werden sowie in Bezug darauf, welchen Platz kritische Themen wie Klimafinanzierung, Anpassung, Verluste und Schäden darin einnehmen sollen, haben zu Verzögerungen bei der Verständigung auf den Entwurf des Verhandlungstextes für Paris geführt. Auch hinsichtlich der Notwendigkeit ehrgeiziger Maßnahmen vor 2020 hat sich nichts bewegt.

Paris, Dezember 2015:

Es muss ein neues globales Abkommen beschlossen werden und 2020 in Kraft treten, das darauf abzielt, alle Länder in ein langfristiges Rahmenwerk zum Emissionsabbau einzubinden und arme Länder bei der Umgestaltung ihrer Volkswirtschaften in Richtung auf Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit zu unterstützen. Es werden zudem deutliche Signale bezüglich Sofortmaßnahmen zur Auseinandersetzung mit dem Klimawandel erwartet.

4. Niemanden zurücklassen in einer kohlenstofffreien Zukunft

Die Gewerkschaften werden dafür kämpfen, dass niemand in einer kohlenstofffreien Zukunft zurückbleibt.

Der Klimawandel ist ein Gewerkschaftsthema.

Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze.

Uns kommt eine maßgebliche Rolle beim Schutz der Arbeitsplätze in vorhandenen Betrieben und Branchen zu, indem wir einen industriellen Wandel fordern, ebenso wie bei der Organisierung der Beschäftigten in neuen hochwertigen neuen Jobs in der grünen Wirtschaft und beim Kampf für einen gerechten Übergang, der dafür sorgt, dass niemand zurückgelassen wird.

Arbeitsplätze, industrieller Wandel und ein gerechter Übergang

Ein industrieller Wandel ist unerlässlich. Die Industrien von heute sind das Fundament für die Industrien von morgen, aber die nächsten 15 Jahre werden von entscheidender Bedeutung sein. Es kann nicht einfach so weitergemacht werden wie bisher. Es gibt

ein beträchtliches Beschäftigungspotenzial, aber auch erhebliche Herausforderungen.

Um eine Chance zu haben, innerhalb des 2-Grad-Celsius-Limits zu bleiben, sollten sich unsere Netto-Emissionen (in dem Wissen, dass einige von Wäldern und Meeren aufgenommen werden) zwischen 2055 und 2070 auf Null belaufen^{xxiv}.

Bis dahin werden eine Milliarde mehr Menschen in Städten leben, die bereits jetzt etwa 80 Prozent des globalen Verbrauchs generieren, rund 70 Prozent der Energieproduktion nutzen und für ebenso viele Emissionen verantwortlich sind. Das bedeutet Arbeitsplätze, aber ganze Sektoren müssen ihre Klimabilanz verbessern, um die Nachhaltigkeit dieser Städte sicherzustellen.

Alle Jobs müssen grüner werden, und alle Branchen müssen ihre Klimabilanz verbessern.

Außerhalb der Städte sind die Land- und Forstwirtschaft der Schlüssel zur Ernährung der Weltbevölkerung und zum Erhalt der natürlichen Umwelt. Auch das bedeutet Arbeitsplätze.

Durch die Wiederherstellung von nur 12 Prozent der degradierten landwirtschaftlichen Flächen weltweit könnten in dieser Zeitspanne 200 Millionen Menschen ernährt werden.

Eine Verlangsamung und sogar völlige Einstellung der Entwaldung und eine vermehrte Wiederaufforstung sind möglich. Dies wird die Produktivität von Böden und Wasser erhöhen und gleichzeitig die Kohlenstoffemissionen senken. Das bedeutet Arbeitsplätze.

Allen Sektoren kommt eine Rolle zu.

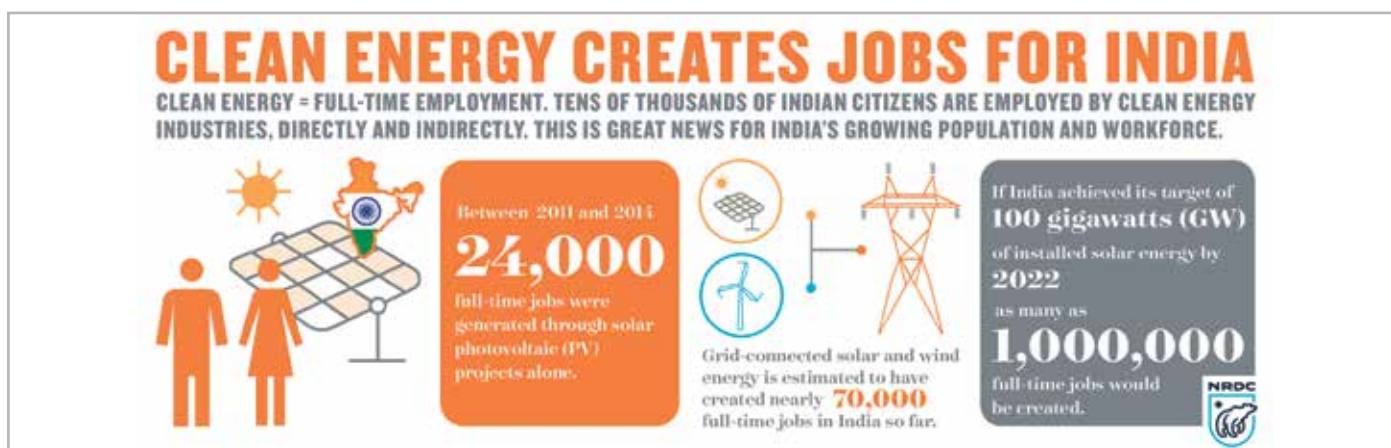
Die Investitionen in die Infrastruktur werden Prognosen zufolge bis 2030 zwischen 50 Billionen US-Dollar^{xxv} und 90 Billionen US-Dollar^{xxvi} betragen. Angesichts eines Infrastrukturbedarfs im Verkehrswesen, in der Energie- und der Wasserwirtschaft sowie der bebauten Umwelt könnten dies in den nächsten 15 Jahren im Durchschnitt bis zu 6 Billionen US-Dollar pro Jahr sein. Das bedeutet Arbeitsplätze.

Eine 2010 vom Millennium Institute^{xxvii} für den IGB durchgeführte Untersuchung hat ergeben, dass, wenn nur 12 Länder fünf Jahre lang jährlich 2 Prozent ihres BIP in wichtigen Sektoren investieren, rund 48 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Anteil globaler Treibhausgasemissionen nach Sektoren (%)



Quelle: IPCC 2007

Quelle: www.nrdc.org

Die IAO hat festgestellt, dass die meisten Untersuchungen belegen, dass Maßnahmen zugunsten eines Übergangs zu einer grünen Wirtschaft einen positiven Nettobeschäftigungseffekt haben. Netto könnten durch die Verknüpfung von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz bis zu 60 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden^{xxviii}.

Alle Sektoren bieten zwar Chancen für einen Wandel, aber der Schlüssel zu diesem Wandel unserer Industrien und Gemeinwesen ist Energie. Wir brauchen zuverlässige erneuerbare Energiequellen.

Die Schätzungen schwanken, aber der Großteil der derzeitigen Reserven an fossilen Brennstoffen wird im Boden bleiben müssen.

Die Gegner alternativer Energiequellen berufen sich auf deren Kosten, aber unsere gegenwärtige Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen ist mit verborgenen Kosten verbunden, ganz zu schweigen von den hohen Subventionen, die in diese Sektoren fließen.

In dem Bericht *'Clean Energy Powers Local Job Growth in India'* des indischen Umwelt-rates Council on Energy, Environment and Water (CEEW) und der internationalen Umweltschutzorganisation Natural Resources Defense Council (NRDC) wurde festgestellt, dass im Zuge der Planung, des Baus, der Installation und des Betriebs der Anlagen, die erforderlich sind, um das Solarenergieziel der indischen Regierung für 2022 zu erreichen, in weniger als einem Jahrzehnt eine Million Arbeitsplätze entstehen könnten^{xxix}.

Unsere Gesundheit ist wichtig

Aus einem neuen Bericht zum Thema Klima und Wirtschaft *'Better Growth Better Climate'*^{xxx} gehen die ernsthaften Auswirkungen der Umweltverschmutzung infolge des traditionellen Energieverbrauchs und die immer dingender werdende Notwendigkeit, den Verbrauch einzuschränken, hervor.

Energiebedingte Umweltverschmutzung ist für bis zu 5 Prozent der Krankheiten weltweit verantwortlich. Die Luftverschmutzung wird mit schätzungsweise 7 Millionen vorzeitigen Todesfällen pro Jahr in Verbindung gebracht, einschließlich 4,3 Millionen durch Luftverschmutzung in geschlossenen Räumen, hauptsächlich durch Kochen und Heizen mit Festbrennstoffen. Auch die Ernteerträge werden beeinträchtigt, wobei bodennahes Ozon die Erträge im Falle von vier wichtigen Nutzpflanzen global um 3 bis 16 Prozent reduziert, insbesondere in Süd- und Ostasien.

Diese Auswirkungen in Geldwert auszudrücken, ist nicht leicht, aber Schätzungen gehen von erheblichen Kosten aus, die häufig höher sind als die Kosten einer Verlagerung auf andere Energiequellen, die den CO₂-Ausstoß beträchtlich senken würden.

Die Gesundheit wird ein Gewinner des Übergangs zu einer kohlenstofffreien Wirtschaft sein, ebenso wie die Staatshaushalte. Die jüngsten Klimaschutzenszenarios schätzen den globalen gesundheitlichen Nutzen im Durchschnitt auf 50 US-Dollar bis hin zu mehr als 200 US-Dollar pro eingesparte Tonne CO₂ im Vergleich zu einer Entwicklung ohne Einsparungen. Übertragen in Energiekosten haben diese Zahlen dramati-

sche Auswirkungen auf die relative Attraktivität kohlenstoffärmerer Technologien.

Wir werden niemanden zurücklassen

Trotz der positiven Beschäftigungsaussichten werden sich einige ArbeitnehmerInnen und ihre Gemeinwesen erheblichen Herausforderungen gegenübersehen. Der IGB ist entschlossen, dafür zu sorgen, dass niemand zurückgelassen wird und dass die Energie-revolution durch Maßnahmen für einen gerechten Übergang untermauert wird.

Neben der Transformation der Industrie müssen wir dafür sorgen, dass die Energiekosten von Privathaushalten und Unternehmen in der Übergangsphase bezahlbar bleiben. Die Lasten müssen gerecht verteilt werden, unter Berücksichtigung des Drucks, dem Haushalte mit niedrigem Einkommen und energieintensive Industrien ausgesetzt sind, in denen der Wandel am meisten zu spüren sein wird.

Kohlenstoff muss seinen Preis haben, das ist unerlässlich, wobei die daraus resultierenden Einnahmen dafür verwendet werden müssen, um die Schwächsten zu schützen, einschließlich einer energetischen Gebäudesanierung für private Haushalte zur Steigerung der Energieeffizienz. Die Industrie muss bezahlen, und sie sollte dazu ermutigt werden, ihre Forschung und Entwicklung auszuweiten. Es muss zudem Unterstützungsmechanismen für kleinere Unternehmen geben, damit sie energieeffiziente Maßnahmen ergreifen, technologische Veränderungen vornehmen und Möglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplung nutzen.

Wir als Gewerkschaften wollen eine klare Vision der künftigen Industrie- und Energieoptionen und ihrer Auswirkungen auf die ArbeitnehmerInnen. Es ist unsere Aufgabe, für einen gerechten Übergang zu kämpfen. In Sektoren, in denen Arbeitsplatzverluste unvermeidlich sind, müssen die Sozialpartner (Gewerkschaften und Arbeitgeber) lange im Voraus verbindliche Übergangsstrategien entwickeln, die den Beschäftigten neue Möglichkeiten eröffnen und den Strukturwandel aktiv gestalten.

Die Gewerkschaften vertreten ArbeitnehmerInnen im Energie- und fossilen Brennstoffsektor sowie in anderen Bereichen, die betroffen sein werden. Und während die Unternehmen die für ihre Wettbewerbsfähigkeit in der grünen Wirtschaft erforderlichen Änderungen vornehmen, müssen wir uns der Ängste der Menschen bewusst sein, die befürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Diese ArbeitnehmerInnen sind das Rückgrat vieler Gemeinwesen, und ihnen muss eine Zukunft garantiert werden. Eine Umschichtung der Arbeitskräfte, die Möglichkeit einer Weiterqualifizierung und Mitwirkung in neuen Sektoren und natürlich sichere Renten müssen integrale Bestandteile einer solchen Garantie sein.

Die Gewerkschaften stehen vor der Herausforderung, Teil des Dialogs zu sein, der über Investitionen entscheidet, Industrien nachhaltig umrüstet und für menschenwürdige Arbeit sorgt. Sozialer Dialog, Konsultationen, Tarifverhandlungen: Die ArbeitnehmerInnen haben ein Recht darauf, an der Gestaltung ihrer Zukunft mitzuwirken.

Alle Industrien müssen Technologien und Prozesse verwenden, die zu einer Wirtschaft ohne Kohlenstoffemissionen beitragen. Alle ArbeitnehmerInnen haben ein Recht darauf, darüber informiert zu werden, wie ihre Arbeitgeber gedenken, ihre Arbeitsplätze bei diesem Übergang zu erhalten.

Die Gewerkschaften werden den Dialog in bereits vorhandenen Industrien unterstützen und die Beschäftigten in neuen Industrien organisieren.

Zu menschenwürdiger Arbeit gehören solide Arbeitsbeziehungen, gerechte Löhne, Sicherheit bei der Arbeit und der Respekt

vor den Arbeitnehmerrechten, einschließlich eines Dialogs.

Der soziale Dialog ist ein unerlässlicher Bestandteil dieses Prozesses und sollte mit Fragen beginnen wie:

Wie sieht der Plan für die Senkung der Emissionen aus?

Den Umgang mit welchen Technologien werde ich lernen müssen?

Welche Investitionen sind in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Fortbildung und technologischer Wandel geplant?

Wie können die ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften zur Veränderung der Arbeitsorganisation beitragen?

Wird es eine Teilhabe an der Arbeits- und Ressourcenproduktivität geben?

Wir der einzuschlagende Weg tarifvertraglich vereinbart?

Was müssen wir zusätzlich tarifvertraglich regeln?

Wir fordern einen gerechten Übergang

Diese Transformation von Sektoren und Industrien muss durch Maßnahmen für einen gerechten Übergang untermauert werden. Wir haben unsere Rolle bei den UN-Verhandlungen gespielt und für Zusagen gekämpft. Diese Zusagen müssen jetzt in das Klimaabkommen von Paris übertragen und konkretisiert werden.

Das bedeutet, dass kohlenstoffabhängige Gemeinschaften und ArbeitnehmerInnen nicht gezwungen werden dürfen, die Kosten des Wandels zu tragen. Wir werden für eine angemessene Finanzierung für die ärmsten und schwächsten Nationen kämpfen.

Wir haben ein Recht darauf, mit am Tisch zu sitzen, wenn es darum geht, das Weltklima zu stabilisieren, indem wir uns einer Zukunft ohne Kohlenstoffemissionen nähern.

Es herrscht weitgehend Übereinstimmung darüber, dass ein Kohlenstoffpreis bis Mitte der 2020er Jahre mit einer drastischen Erhöhung der Investitionen in die energiebezogene Forschung und Entwicklung einhergehen muss.

Dieser immensen Herausforderung ist nur zu begegnen, wenn die bereits vorhandenen und künftigen sauberen Technologien die derzeitigen Systeme mit ihren hohen CO₂-Emissionen, von denen unsere Gesellschaften abhängig sind, ersetzen. Es sind bereits Technologien vorhanden, die in vielen Sektoren CO₂-Emissionssenkungen ermöglichen, beispielsweise bei der Stromerzeugung, im Verkehrswesen, Heizung/Kühlung und in der Landwirtschaft, und es werden noch mehr werden.

Zugang für alle zu Technologien

Aufgrund von Rechten an geistigem Eigentum in Verbindung mit Patenten, Geschäftsgeheimnissen und Urheberrechten sind Neuerfindungen und bahnbrechende Technologien oft sehr kostspielig und nur langsam umzusetzen. Trotz ihres großen Potenzials im Hinblick auf die Reduzierung der Treibhausgasemissionen und die Verbesserung der Lebensstandards sind daher zahlreiche effiziente Technologien noch nicht weltweit verfügbar und sehr teuer.

Dieses Problem könnte auf verschiedene Weise gelöst werden, beispielsweise durch die Einführung eines weltweiten Lizenzpools, der allen einen Zugang zu den Technologien garantiert. Das könnte z.B. dadurch erreicht werden, dass die Vereinten Nationen den Erfindern der Technologien die Lizenzen abkaufen und sie dann Ländern zur Verfügung stellen, die sie sich sonst nicht leisten könnten. Das für den Lizenzerwerb benötigte Geld könnte aus den Einnahmen aus der Erhebung eines Kohlenstoffpreises oder aus einem globalen Klimafonds stammen.

In diesem Sinne wird in einem neuen Bericht zum Thema Klima und Wirtschaft *'Better Growth Better Climate'* die Einrichtung von Technologiepools empfohlen.

Wie praktisch dies auch sein mag, die Forderung nach einer gemeinsamen Nutzung der Technologien könnte, wenn nicht global ausgehandelt und angesichts der Forderung nach Gerechtigkeit, mit einem Kampf wie dem für den Zugang zu generischen Arzneimitteln verbunden sein.

Diesem Kampf werden wir uns stellen müssen.

4.1 Ein gerechter Übergang und menschenwürdige Arbeit bei den UNFCCC-Verhandlungen

Was ist ein gerechter Übergang?

„Gerechter Übergang“ bedeutet den Übergang zu einem kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wirtschaftssystem, das den Nutzen des Klimaschutzes maximiert und gleichzeitig die Nachteile für die ArbeitnehmerInnen und ihre Gemeinwesen minimiert. Die Bedürfnisse in den einzelnen Ländern werden zwar unterschiedlich sein, aber einige Strategien müssen überall angewandt werden. Dazu gehören:

1. Solide Investitionen in emissionsarmen und beschäftigungsintensiven Sektoren und Technologien. Diese Investitionen müssen im Rahmen angemessener Konsultationen mit allen Betroffenen und unter Berücksichtigung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie der Prinzipien menschenwürdiger Arbeit erfolgen.
2. Sozialer Dialog und demokratische Konsultationen mit den Sozialpartnern (Gewerkschaften und Arbeitgebern) und anderen interessierten Parteien

(d.h. den Gemeinwesen).

3. Forschung und frühzeitige Abschätzung der sozialen und beschäftigungsrelevanten Auswirkungen der Klimapolitik. Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen als Schlüssel zur Untermauerung der Einführung neuer Technologien und zur Förderung des industriellen Wandels.
4. Sozialschutz in Verbindung mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik.
5. Lokale Pläne für die Diversifizierung der Wirtschaft, die menschenwürdige Arbeit untermauern und während des Übergangs für soziale Stabilität sorgen. Es sollte nicht allein den Gemeinwesen überlassen werden, mit den Auswirkungen des Übergangs fertig zu werden, da dies nicht zu einer gerechten Verteilung von Kosten und Nutzen führen wird.

Viele dieser Strategien müssen auf nationaler und lokaler Ebene angewendet werden. Eine politische Botschaft der maßgeblichen

ten Klimaverhandlungen an die ArbeitnehmerInnen wird jedoch denjenigen mehr Argumente liefern, die für ehrgeizige Maßnahmen kämpfen. Sie wird die Beschäftigten zudem bezüglich der innerstaatlichen Prozesse für eine erfolgreiche Transformation der Arbeitswelt beruhigen.

Präzedenzfälle für die Erwähnung eines gerechten Übergangs in der UNFCCC

Es gibt Präzedenzfälle für die Integration derartiger Zusagen in globale Klimaabkommen. Seit der COP 16 in Cancún haben die UNFCCC-Vertragsstaaten die Erwähnung eines gerechten Übergangs befürwortet und zum ersten Mal in Beschluss 1/CP.16 verankert:

1. In Abschnitt I bezüglich einer gemeinsamen Vision langfristiger kooperativer Maßnahmen heißt es in Absatz 10, dass sich die Regierungen^{xxx}.

Bewusst seien, dass die Auseinandersetzung mit dem Klimawandel einen Paradigmenwechsel hin zu einer kohlenstoffarmen

IG Metall in Deutschland: Gemeinsam für eine ökologische Wende

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung nutzt das Mitbestimmungssystem des Landes, um auf Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende und dabei auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und menschenwürdige Arbeit zu drängen. Das deutsche Mitbestimmungssystem ermöglicht den Arbeitnehmern neben einer gewerkschaftlichen Organisation eine gesetzlich verankerte betriebliche Vertretung im Rahmen von «Betriebsräten». Der Landesverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Nordrhein-Westfalen (NRW) organisiert Veranstaltungen mit Hunderten ArbeitnehmerInnen in verschiedenen Branchen, um Innovationen und Fortschritte in Richtung auf eine CO₂-arme Zukunft herbeizuführen.

Bei der ersten Veranstaltung 2012 ging es um Nachhaltigkeit in der chemischen Industrie. Dabei kamen ArbeitnehmerInnen, Manager und Wissenschaftler zusammen, um gemeinsam Wege in Richtung auf gute Arbeit und eine Energiewende in der Industrie aufzuzeigen. So hat sich beispielsweise Currenta, ein Dienstleistungsunternehmen der chemischen

Industrie, das Ziel gesetzt, seinen CO₂-Ausstoß um 200.000 Tonnen pro Jahr zu reduzieren.

Auch nordrhein-westfälische Forschungseinrichtungen sind an dem Programm beteiligt. Angesichts von rund 600.000 Arbeitsplätzen, so das geschätzte Beschäftigungspotenzial der erneuerbaren Energien, haben sich die Forschungsinstitute der Forderung des DGB nach «guten Arbeitsplätzen» angeschlossen. Die Institute sind an den politischen Diskussionen über eine faire Verteilung der Kosten der Energiewende beteiligt und bestrebt, dafür zu sorgen, dass die Kampagne für Energieeffizienz nicht nur auf die Industrie abzielt, sondern auch auf private Haushalte.

Bei den Edelstahlwerken in Witten konnte die Energieeffizienz verbessert werden, weil Beschäftigte und ihre Gewerkschaft ihre Ideen eingebracht haben. Und bei Kirchhoff Witte, einem Zulieferbetrieb für die Automobilindustrie, ist man ebenfalls um den Schutz der Umwelt und innovative Produktionsprozesse bemüht.

Bei der Krombacher Brauerei in Kreuztal sind Ge-

werkschaften und Geschäftsführung unterdessen gemeinsam bestrebt, für gute Arbeit und energie- und ressourceneffiziente Produktionsprozesse sowie für ein positives Vermächtnis für nachfolgende Generationen zu sorgen.

„Um es mit Mahatma Gandhi zu sagen: Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier. Wir brauchen den ökologischen Wandel in der Wirtschaft, daran führt kein Weg vorbei“, so Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB NRW.

Foto: www.upertal



Gesellschaft erforderlich mache, die umfangreiche Möglichkeiten biete und ein anhaltend hohes Wachstum sowie eine nachhaltige Entwicklung garantiere, basierend auf innovativen Technologien und nachhaltigeren Produktions- und Verbrauchsmustern und Lebensweisen, und gleichzeitig einen gerechten Übergang für die ArbeitnehmerInnen mit menschenwürdiger Arbeit und hochwertigen Jobs gewährleiste.

2. In Bezug auf abmildernde Maßnahmen im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und sozialen Folgen von Gegenmaßnahmen heißt es, dass man sich:

Der Bedeutung bewusst sei, die negativen Auswirkungen von Gegenmaßnahmen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet zu vermeiden oder zu minimieren, einen gerechten Übergang für die ArbeitnehmerInnen zu fördern, menschenwürdige Arbeit und hochwertige Jobs im Einklang mit den innerstaatlich festgelegten Entwicklungsprioritäten und -strategien zu schaffen, zum Aufbau neuer Kapazitäten für Tätigkeiten sowohl in der Produktion als auch im Dienstleistungssektor in allen Wirtschaftszweigen beizutragen und das

Wirtschaftswachstum und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Die Erwähnung eines gerechten Übergangs wurde bei der COP 17 in Durban bestätigt. Infolgedessen haben sich nachgeordnete Gremien im Rahmen von Arbeitsgruppen mit diesem Thema befasst, und die Vertragsparteien haben sich dafür ausgesprochen, bei künftigen Diskussionen auch auf einen gerechten Übergang einzugehen. Dieses Thema muss jedoch in dem neuen Klimaabkommen verankert werden, um deutlich zu machen, dass ein gerechter Übergang und menschenwürdige Arbeit mehr sind als nur "Gegenmaßnahmen".

Für die Gewerkschaften bedeutet die Erwähnung eines gerechten Übergangs im Rahmen der UNFCCC eine weitere Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen der UNFCCC und der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), so dass Fortschritte bei der IAO in künftige UNFCCC-Diskussionen einfließen können. Die IAO hat 2013 bei ihrer Internationalen Arbeitskonferenz Schlussfolgerungen bezüglich der Notwendigkeit eines gerechten Übergangs verabschiedet, und im Oktober 2015 wird eine

dreigliedrige Sachverständigentagung stattfinden, um die Relevanz der verschiedenen IAO-Instrumente in diesem Zusammenhang zu bewerten und zu erörtern, ob weitere Orientierungshilfen erforderlich sind.

Die UNFCCC-Diskussionsinhalte

Die Gewerkschaften wollen, dass die UNFCCC auf höchster politischer Ebene anerkennt, wie wichtig es ist, die Existenzgrundlagen derjenigen zu sichern, die bei dem anstehenden wirtschaftlichen Wandel in vorderster Front stehen werden. Ein gerechter Übergang, unterstützt durch eine regelmäßige Kommunikation mit der IAO, wird gewährleisten, dass ein ehrgeiziges Klimaabkommen auch auf die gemeinsamen Anliegen aller Menschen eingeht.

In dem bei den Gesprächen im Februar 2015 in Genf vereinbarten aktuellen Verhandlungstext finden sich drei Verweise auf einen gerechten Übergang. Die Gewerkschaften fordern die Regierungen auf, sie in dem 'operativen' Teil des Abkommens zu belassen und zu verstärken, damit der Klimaschutz Hand in Hand mit der Beteiligung der ArbeitnehmerInnen an der Transformation geht. *Omnimi, quia*

LIUNA in den USA: Neue Arbeitsplätze durch erneuerbare Energien

Foto: LIUNA

In der Solarindustrie der USA sind über 170.000 Menschen beschäftigt, wobei das Beschäftigungswachstum in dieser Branche in einem Jahr 22 Prozent betragen hat. Einer von 78 neuen Arbeitsplätzen wird in der Solarindustrie geschaffen, und die Bezahlung liegt über dem Durchschnitt. Für 2015 rechnet die Branche mit 35.000 neuen Arbeitsplätzen^{xxiii}.

Die Gewerkschaft Laborers' International Union of North America (LIUNA) ist bereits seit einem Jahrzehnt im Bereich der erneuerbaren Energien tätig und am Bau erneuerbarer Energiesysteme überall in den USA und in Kanada beteiligt. Durch neue Gesetze in Kalifornien, die die Ausweitung erneuerbarer Energien zur Auflage machen, wurden Tausende Arbeitsplätze im Baugewerbe geschaffen, wodurch sich auch für viele LIUNA-Mitglieder neue Möglichkeiten ergeben haben. Die neue kalifornische Gesetzgebung bietet LIUNA-Mitgliedern die Chance, verstärkt an erneuerbaren Energieprojekten mitzuarbeiten. Bisher haben dadurch mehr als 1.300 Mitglieder eine Arbeit gefunden, und im Laufe des nächsten Jahres wird mit zusätzlichen 1.000 neuen Arbeitsplätzen gerechnet.

Die Mitglieder in Kalifornien helfen jetzt mit, Solar-, Wind- und Geothermie-Anlagen zu bauen, wobei sie eine Vielzahl traditioneller Bauarbeiten verrichten, wie etwa Beton gießen, Ausheben von Gräben, Verlegen unterirdischer Versorgungsleitungen, Anbringen von Gestellen für Photovoltaik-Systeme, aber auch weniger traditionelle Arbeiten wie die Anfertigung der Spiegel zur Konzentration der Sonnenwärme und die Montage der Photovoltaik-Systeme. Hunderte neue Mitglieder werden in den kommenden Monaten dazukommen, um den Bedarf an Arbeitskräften zu decken und diese wichtigen Projekte fertigzustellen.

Einige neue Mitglieder werden zum ersten Mal als Gewerkschaftsmitglieder arbeiten und ihren Lohn nahezu verdreifachen können, Zugang zu Gesundheitsleistungen und zu kostenlosen LIUNA-Fortbildungsprogrammen haben. Mit der Ausweitung der alternativen Energien stellen sich die LIUNA-Mitglieder den neuen Herausforderungen und sichern



sich ihre Arbeitsplätze in der Baubranche^{xxiii}. Diese Branche bietet den Beschäftigten sowohl in großen als auch in kleinen Unternehmen enorme Möglichkeiten.

"Ich hätte nie gedacht, dass ich meine Bürokleidung ablegen und in Stiefeln und Schutzhelm arbeiten könnte. Früher bekam ich den Mindestlohn, heute habe ich einen Gewerkschaftsjob. Wir bauen 40.000 Solarpaneele. Das ist ein Beruf mit Aussicht und nicht nur ein Gelegenheitsjob. Es gibt mir ein gutes Gefühl, zu wissen, dass ich meinen Kindern und meinem Mann die Solarpaneele zeigen kann, die ich gebaut habe, dass ich daran mitgewirkt habe." Jackie Macon, LIUNA-Ortsverband 783

SEWA in Indien: Biogasherde zur Verhinderung von Entwaldung

Foto: Creative commons/Flickr

Die Self-Employed Women's Association (SEWA) in Indien hat mehr als eine Million Frauen aus der informellen Wirtschaft zusammengebracht, um nachhaltige, den lokalen Verhältnissen angepasste Lösungen für den Klimawandel zu finden.

"Die Armen sind die größten Umweltschützer, weil sie tagtäglich innovative Strategien entwickeln müssen, um zu überleben, mit den dürrtigen Ressourcen, die ihnen in ihrem unmittelbaren Umfeld zur Verfügung stehen", so Reemamben Navavaty, SEWA-Direktorin für wirtschaftliche und ländliche Entwicklung. "Ich denke daher, dass sie über die besten Strategien für ökologisch nachhaltige Existenzgrundlagen verfügen."

Die SEWA hat beispielsweise in ärmeren ländlichen Gegenden einfach zu bedienende Biogasherde eingeführt. Dadurch wird Brennholz eingespart und die Entwaldung eingedämmt, und die Biogas-



rückstände können als Dünger verwendet werden, um die Baumwollerträge zu steigern.

"Bevor ich den Biogasherde hatte, mussten wir jeden Morgen um 5 Uhr aufstehen und Brennholz sammeln. Wir waren dann erst um eins oder um

halb zwei zurück, um Essen zu machen", berichtet Kantaben Thakor aus dem Bundesstaat Gujarat.

"Die Kinder hatten derweil Hunger und konnten nicht lernen, und ich konnte mich nicht richtig um sie kümmern."

CGT in Frankreich: Gewerkschaften beleben den Holzsektor in der Region Aquitaine

neu^{xxxiv}

Im Jahr 2008 hatte der französische Forst- und Holzsektor ein Handelsdefizit in Höhe von 6 Milliarden Euro zu verzeichnen, obwohl die Ressource in dem Land verfügbar war. Die Region Aquitaine mit ihrer langen Industriegeschichte musste erleben, wie Tausende Arbeitsplätze aufgrund fehlender Investitionen, schlechter industrieller Strategien und der Auswirkungen zweier schwerer Stürme verloren gingen.

Den Gewerkschaften ging es vorrangig um den Erhalt von Arbeitsplätzen auf Fall-zu-Fall-Basis, aber

das Fehlen eines spezifischen Plans für den Sektor, der dessen Nachhaltigkeit garantieren würde, wurde als Hauptgefahr für diese mit ihren 32.000 Arbeitsplätzen so wichtige Branche betrachtet.

Die Gewerkschaft CGT Aquitaine hat daher über ihr Forschungszentrum CERESA einen dreijährigen Untersuchungs-, Konsultations- und Planungsprozess begonnen, der zu einer Bewertung des Forst- und Holzsektors der Region durch verschiedene Akteure geführt hat. Dabei wurden die Herausforderungen, Chancen und der Fahrplan für

den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in diesem Sektor gemeinsam bewertet.

Es wurde an Tätigkeitsprofilen, beruflicher Entwicklung und Qualifizierung gearbeitet, jeweils vor dem Hintergrund der natürlichen Ressourcen der Region, potenzieller künftiger Märkte und des öffentlichen Finanzierungsbedarfs. Als wichtige Chance wurde zudem das Potenzial für die Förderung kurzer Lieferketten und grüner Produkte herausgestellt.

Die aus dem Prozess hervorgegangenen Pläne beschreiben die spezifischen Aufgaben für Arbeitgeber, öffentliche Einrichtungen, Gewerkschaften und Gemeinwesen. Ein entscheidender Punkt ist die Gewährleistung guter Arbeitsbedingungen und der Sicherheit der Beschäftigten in dem Sektor. Die Herausforderung besteht darin, sowohl für Nachhaltigkeit als auch für menschenwürdige Arbeit zu sorgen.

Eine erste Einschätzung dieses Projektes zeigt, dass sich eine Führungsrolle der Gewerkschaften bei der Planung der industriellen Transformation und Wiederbelebung positiv auf die Beschäftigung und die Umwelt auswirken kann. Diese ermutigende Initiative hat unsere GewerkschaftskollegInnen dazu inspiriert, den Kampf fortzusetzen, um einen zweiten Sektor in der Region aufzubauen, den Abfallsektor.



Foto: Bernard Blanc

5. Gewerkschaften für Klimaschutz

Dreigleisig nach Paris

Während des Jahres 2015 wird es zahlreiche Gelegenheiten geben, um sich gemeinsam mit anderen Organisationen in Koalitionen und Bündnissen, mit Mitgliedern, Arbeitgebern und Regierungen an der Frontlines-Klimaschutzkampagne *Unions for Climate Action* zu beteiligen.

Die Frontlines-Kampagne des IGB bietet den ArbeitnehmerInnen und ihren Gewerkschaften einen dreigleisigen Ansatz.

1

Länderspezifische Zusagen

März – Oktober 2015: Ehrgeizigere Verhandlungen über einen gerechten Übergang

In den kommenden Monaten müssen alle Regierungen nationale Aktionspläne für das Abkommen von Paris vorlegen. Diese Zusagen werden die Bausteine für ein ehrgeiziges Abkommen sein und bei der UNFCCC eingereicht werden^{xxxv}. Die Aktionspläne reicherer Länder sollen dazu beitragen, den weltweiten Kampf gegen den Klimawandel fairer zu machen, indem sie Unterstützung für Entwicklungsländer beim Übergang zu nachhaltigeren Energieträgern und bei der Verbesserung ihrer Widerstandsfähigkeit gegenüber Gefahren und Schäden infolge von Klimaauswirkungen beinhalten.

Zieht Eure Regierungen zur Verantwortung, damit sie diese nationalen Aktionspläne vorlegen und sie in die innerstaatlichen Maßnahmen und Gesetze einfließen lassen.

2

Das Klimaabkommen von Paris^{xxxvi}

1. – 11. Juni: UNFCCC-Vorbereitungstreffen in Bonn

Juni: Nationale Lobby-Aktionswoche 2015 bezüglich des Entwurfs eines globalen Abkommens

Juni: Die Regierungen diskutieren den Entwurf des Pariser Abkommens

30. November – 11. Dezember 2015: UNFCCC-Klimakonferenz (COP 21) in Paris

Es wird damit gerechnet, dass der UN-Entwurf des Pariser Abkommens den Regierungen bis April vorliegt. Trefft mit Eurer Regierung zusammen und beteiligt Euch an der wirtschaftlichen Transformation und der Sicherung von Arbeitsplätzen.

Der IGB wird Analysen zum Stand der Verhandlungen und zu Schlüsselfragen für Eure Regierung vorbereiten. Wir brauchen klare Formulierungen bezüglich eines gerechten Übergangs und menschenwürdiger Arbeit.

3

Gewerkschaftsversprechen: Heute handeln für sichere Arbeitsplätze morgen

Gewerkschaftsversprechen

September 2015: Gewerkschaftsgipfel in Paris

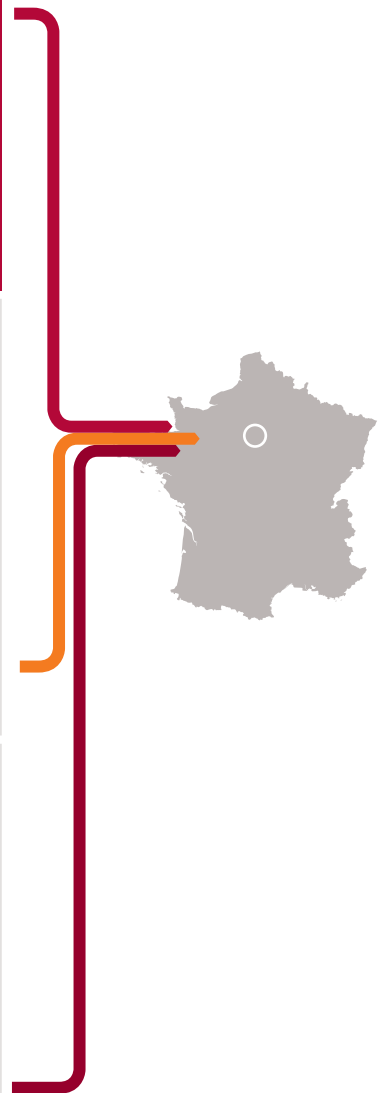
Gebt Euer Versprechen ab: Nicht nur die Regierungen müssen Zusagen zur Verhinderung des Klimawandels machen, sondern auch die ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften^{xxxvii}.

Die Stimme Eurer Gewerkschaft bei der Forderung nach Klimagerechtigkeit und einem gerechten Übergang zu einer kohlenstofffreien Zukunft wird dazu beitragen, die Dynamik zu erzeugen, die notwendig ist, um die mächtigen Wirtschaftsinteressen zu bezwingen, die neue Emissionsregelungen verhindern und den Status quo erhalten wollen.

Wir wissen, dass das System zerrüttet ist und dass wir eine fairere, gerechte und gleichförmigere globale Wirtschaft benötigen. Engagiert Euch und gebt Euer Versprechen beim Gewerkschaftsgipfel in Paris ab:

- Ein innerstaatliches Ziel für erneuerbare Energien
- Schaffung grüner Arbeitsplätze oder von Arbeitsplätzen in ökologisch nachhaltigen Sektoren
- Ein ehrgeizigeres Ziel Eures Landes für Emissionssenkungen
- Ein innerstaatliches Ziel für Emissionssenkungen, falls Eure Regierung bisher noch keine öffentliche Zusage gemacht hat
- Ein Ziel für Energieeffizienz
- Schrittweiser Abbau der Subventionen für fossile Brennstoffe
- Verlagerung des Investmentportfolios von Pensionsfonds in Richtung auf Klimainvestitionen in einem Umfang von mindestens 5 Prozent
- Zusage, zur internationalen Klimafinanzierung beizutragen

Für Klimagerechtigkeit eintreten act.equaltimes.org/unions4climate



Bericht: Unions4Climate, Emissionen bei der Arbeit senken und Arbeitsplätze schaffen

www.sustainlabour.org



Sustainlabour stellt vier Fallstudien vor, die das Engagement der Gewerkschaften in Großbritannien, Spanien, Belgien und Deutschland deutlich machen.

Es geht um Vorschläge für Emissionssenkungen und andere klimarelevante Maßnahmen und deren Auswirkungen auf die innerstaatlichen Rahmenbedingungen, Wirtschaftsaussichten und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Daraus geht die Unterstützung von Klimaschutzstrategien hervor, die der Schaffung von Arbeitsplätzen Rechnung tragen und sich auf die Arbeitsstätten konzentrieren, indem Betriebsräten oder betrieblichen Gewerkschaftsvertretern spezifische Verantwortung und Aufgaben übertragen werden – ein Weg nach vorn für die Regierungen von Industrieländern, die durch einen gerechten Übergang ehrgeizigere Klimaschutzmaßnahmen ergreifen können.

Der britische Trades Union Congress (TUC) fordert bis 2013 eine Elektrizitätswirtschaft ohne Emissionen

- Der TUC vertritt etwa 6,2 Millionen ArbeitnehmerInnen in Großbritannien.
- Emissionssenkungen: Die Stromerzeugung aus Kohle beläuft sich in Großbritannien auf 500 Gramm Kohle pro Kilowattstunde (g CO₂/kWh) pro Jahr, weshalb die Regierung aufgefordert wird, dies bis 2013 auf zwischen 50 und 100 g CO₂/kWh pro Jahr zu reduzieren.
- Wie: Diese Kampagne geht mit Plänen für die Schaffung von Arbeitsplätzen einher, wie etwa mit der "Eine-Million-Jobs-Kampagne".
- Was der TUC tut: Der TUC hat sich verpflichtet, 1.200 ökologisch versierte Gewerkschaftsdelegierte zu koordinieren, um Umweltinitiativen in der Wirtschaft zu fördern. Diese Zahl könnte sich erhöhen, wenn anerkannte Gewerkschaften das Recht bekämen, gewerkschaftliche Umweltschutzbeauftragte zu ernennen.

Belgische Gewerkschaften übernehmen gemeinsam Verantwortung

- ACV-CSC, ABW-FGTB und ACLVB-CGSLB sind die wichtigsten Gewerkschaftsdachverbände Belgiens, die rund 3,5 Millionen Mitglieder vertreten.
- Emissionssenkungen: Die Gewerkschaften fordern ihre Regierung auf, sich zu Emissionssenkungen um 40 Prozent bis 2030 sowie zu einer Steigerung der Energieeffizienz um 40 Prozent zu verpflichten.
- Wie: Durch die Schaffung von Arbeitsplätzen: 60.000 neue Jobs in ökologisch nachhaltigen Branchen bis 2030 in Belgien im Rahmen der "Climate4Jobs"-Kampagne. Da eins der größten Defizite des Landes ist Bezug auf Energieeffizienz besteht, wird eine Verdopplung der energetischen Gebäudesanierung sowohl im privaten als auch im gewerblichen Bereich gefordert.

- Was die belgischen Gewerkschaften tun: Förderung von "Öko-Schecks" in Betrieben für eine nachhaltige Einkaufspolitik, Schulung von Delegierten und Führungsrolle in der Klimakoalition des Landes.

IG BAU: ehrgeizige Vorschläge für die deutsche Baubranche

- Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt ist mit 330.000 Mitgliedern die größte deutsche Gewerkschaft dieser Branche.
- Emissionssenkungen: Die IG BAU strebt wesentlich höhere Senkungen an, als von den europäischen Regierungen bisher angeregt: 45 Prozent erneuerbare Energieträger, Senkung des Energieverbrauchs um 40 Prozent (basierend auf Zahlen aus dem Jahr 2005) und eine Reduzierung der Emissionen um 55 Prozent bis 2030.
- Wie: Die IG BAU fordert Investitionen in Höhe von 2 Milliarden Euro pro Jahr in die energetische Gebäudesanierung, um den Energieverbrauch bis 2050 um 80 Prozent zu senken (zwei von 100 Gebäuden müssen in Deutschland bis 2050 jedes Jahr renoviert werden).
- Was die IG BAU tut: Sie kauft solidarisch und nachhaltig ein und nutzt von Greenpeace Energy gelieferten Ökostrom.

CC.OO. in Spanien: dem Klimaschutz und der Schaffung von Arbeitsplätzen verpflichtet

- Die CC.OO. ist mit mehr als einer Million Mitgliedern die größte spanische Gewerkschaft.
- Emissionssenkungen: Die CC.OO. fordert von ihrem Land, auf folgende europäische Ziele zu drängen: mindestens 30 Prozent erneuerbare Energieträger, 40 Prozent Energieeffizienz und Reduzierung der Emissionen um mindestens 40 Prozent bis 2030.
- Wie: Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Arbeitslosenquote hat in Spanien mit 25 Prozent ein untragbares Ausmaß angenommen. Die CC.OO. strebt zwischen 2020 und 2030 die Schaffung von 1 Million Arbeitsplätzen im Umweltbereich an.
- Sie fordert darüber hinaus eine Revolution im Verkehrswesen. Es geht darum, die innerstaatlichen nachhaltigen Verkehrssysteme bis 2020 auf 30 Prozent zu erhöhen, wodurch die Emissionen dieses Sektors gegenüber 2008 um 16 Prozent reduziert und 45 Prozent mehr Arbeitsplätze in der Branche geschaffen würden.
- Was die CC.OO. tut: Sie hat sich zur Schulung von betrieblichen Delegierten verpflichtet, und das gewerkschaftliche Umweltinstitut hat seit 2006 nahezu 20.000 Delegierte geschult.

ENDNOTEN

- i <http://www.ipcc.ch/index.htm> IPCC, Climate Change 2014, Synthesis Report http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/syr/SYR_AR5_LONGERREPORT_Corr2.pdf
<http://www.ipcc.ch/report/ar5/syr/>
 IPCC, Climate Change 2014: Mitigation of Climate Change <http://www.ipcc.ch/report/ar5/wg3/>
 IPCC, Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability <http://www.ipcc.ch/report/ar5/wg2/>
 IPCC, Climate Change 2013: The Physical Science Basis <http://www.ipcc.ch/report/ar5/wg1/>
- ii Weltbank, 2014: Turn Down the Heat: Confronting the new climate normal
http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSPContentServer/WDSP/IB/2014/11/20/000406484_201411200713/Rendered/PDF/927040v20WP00O0ull0Report000English.pdf
 Weltbank, 2013: Turn Down the Heat: Climate Extremes, Regional Impacts, and the Case for Resilience, http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSPContentServer/WDSP/IB/2013/06/14/000445729_20130614145941/Rendered/PDF/784240WP0Full00D0CONF0to0June19090L.pdf
 Weltbank, 2012: Turn Down the Heat: Why a 4°C Warmer World Must be Avoided http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSPContentServer/WDSP/IB/2012/12/20/000356161_20121220072749/Rendered/PDF/NonAsciiFileName0.pdf
- iii <http://www.independent.co.uk/environment/climate-change/climate-change-will-cost-world-far-more-than-estimated-9539147.html>
- iv Weltweite Umfrage des IGB 2014 <http://www.ituc-csi.org/weltweite-igb-umfrage-2014?lang=de>
- v US-Handelsministerium, 2013: http://unfccc.int/files/documentation/submissions_from_observers/application/pdf/international_labour_organization_%28ilo%29_to_the_adp.pdf
- vi http://unfccc.int/files/documentation/submissions_from_observers/application/pdf/international_labour_organization_%28ilo%29_to_the_adp.pdf
- vii http://unfccc.int/files/documentation/submissions_from_observers/application/pdf/international_labour_organization_%28ilo%29_to_the_adp.pdf
- viii <http://climatenexus.org/2014-putting-hottest-year-ever-perspective>
<http://www.bloomberg.com/graphics/2014-hottest-year-on-record/>
- ix <http://www.mailman.columbia.edu/news/groundbreaking-study-quantifies-health-costs-climate-change-related-disasters-us>
<http://www.nrdc.org/health/accountingforcosts/files/accountingcosts.pdf>
- xx <http://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0047981>
<http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/rr-impact-climate-change-coffee-uganda-030413-en.pdf>
- xxi <http://www.climasphere.org/#!article/Hungry-Planet-Climate-change-and-food-security>
- xii http://globalchange.mit.edu/news-events/news/news_id/402#.VOHq3fnF9yx
- xiii <http://co2now.org/current-co2/co2-now/>
- xiv <http://www.ipcc.ch/report/ar5/>
- xv http://www.unep.org/publications/ebooks/emissionsgapreport2014/portals/50268/pdf/EGR2014_LOWRES.pdf
 UNEP, Emissions Gap Report http://apps.unep.org/publications/index.php?option=com_pub&task=download&file=The%20Emissions%20Gap%20Report%202014:%20a%20UNEP%20synthesis%20report-November%202014EGR_2014_Lowres.pdf
- xvi <http://www.worldenergyoutlook.org/publications/weo-2014/> <http://www.worldenergyoutlook.org/media/weowebsite/2013/LondonNovember12.pdf>

- xvii UNEP, Emissions Gap Report 2014 http://www.unep.org/publications/ebooks/emissionsgapreport2014/portals/50268/pdf/EGR2014_HIGHRES.pdf
- xviii Kohlenstoffneutralität: Die jährlichen anthropogenen Kohlendioxidemissionen betragen weltweit netto Null. Netto Null bedeutet, dass einige verbleibende Kohlendioxidemissionen durch eine Kohlendioxidaufnahme gleichen Umfangs ausgeglichen werden können (negative Emissionen).
- xix UNEP, Emissions Gap Report 2014 http://www.unep.org/publications/ebooks/emissionsgapreport2014/portals/50268/pdf/EGR2014_HIGHRES.pdf
- xx UNEP, Emissions Gap Report 2014 http://www.unep.org/publications/ebooks/emissionsgapreport2014/portals/50268/pdf/EGR2014_HIGHRES.pdf
- xxi UNEP, Emissions Gap Report 2014 http://www.unep.org/publications/ebooks/emissionsgapreport2014/portals/50268/pdf/EGR2014_HIGHRES.pdf
- xxii WWF-Bericht GOING, GOING, GONE! Climate Change and Global Glacier Decline, http://wwf.panda.org/about_our_earth/aboutcc/problems/impacts/glaciers/
- xxii <http://unfccc.int/timeline/>
- xxiv UNEP, Emissions Gap Report 2014 http://www.unep.org/publications/ebooks/emissionsgapreport2014/portals/50268/pdf/EGR2014_HIGHRES.pdf
- xxv OECD
- xxvi <http://newclimateeconomy.report/>
- xxvii <http://www.ituc-csi.org/new-report-growing-green-and>
- xxviii http://unfccc.int/files/documentation/submissions_from_observers/application/pdf/international_labour_organization_%28ilo%29_to_the_adp.pdf
- xxix <http://ceew.in/pdf/ceew-nrdc-clean-energy-powers-local-job-growth-13feb.pdf>
- xxx <http://newclimateeconomy.report/>
- xxxi Dokument abrufbar unter: http://unfccc.int/meetings/cop_16/items/5571.php
- xxxii <http://www.cnbc.com/id/102340849>
- xxxiii <http://www.liuna.org/Renewable-Energy>
- xxxiv www.ceres-aquitaine.fr
- xxxv http://unfccc.int/focus/indc_portal/items/8766.php
<http://unfccc.int/timeline/>
- xxxvi Five Reasons We Need a New Global Agreement on Climate Change by 2015 (Switchboard NRDC)
http://switchboard.nrdc.org/blogs/jschmidt/five_reasons_we_need_a_new_glo.html
10 Signs the stars are aligning for a climate deal in Paris (The Guardian)
<http://www.theguardian.com/environment/2015/jan/21/10-signs-stars-are-aligning-for-climate-deal-paris>
- xxxvii <http://www.ituc-csi.org/unions4climate-action>
- xxxviii <https://germanwatch.org/en/download/10407.pdf>
- xxxix <http://climateactiontracker.org/countries.html>

Gewerkschaften für Klimaschutz

Zeitplan 2015

Die wissenschaftlichen Ergebnisse liegen vor
Klimagerechtigkeit Null Kohlenstoff
Gerechter Übergang
Keine Arbeitsplätze auf einem toten Planeten

